Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Jürgen Lemmer 563 2679 563 8576 juergen.lemmer@stadt.wuppertal.de
	Datum:	11.08.2021
	Drucks.-Nr.:	**VO/1020/21/1-A** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
26.08.2021	**Integrationsausschuss**	**Entgegennahme o. B.**

Antworten auf die Große Anfrage der SPD-Ratsfraktion vom 06.07.2021 zu den Rückständen beim Ressort Zuwanderung und Integration

Grund der Vorlage
Große Anfrage der SPD-Ratsfraktion vom 06.07.2021.

Beschlussvorschlag
Die Antworten der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegengenommen.

Unterschrift

Dr. Stefan Kühn

Begründung

Wie hat sich der Anteil der unbesetzten Stellen im Ressort Zuwanderung und Integration in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Die Arbeitssituation der Ausländerbehörde ist von folgenden Entwicklungen geprägt:

1. Die Zahl der potentiellen Kunden*innen hat sich in den letzten 10 Jahren sehr dynamisch entwickelt. Lebten 2011 noch 48.095 Menschen ohne eine deutsche Staatsbürgerschaft in Wuppertal, so waren es 5 Jahre später schon 60.959 Menschen und zum Ende des Jahres 2020 lebten schon 76.672 Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Wuppertal. Dies entspricht einer Steigerung von etwa 59%.

2. Die Zahl der Stellen in der Ausländerbehörde hat sich in den letzten 10 Jahren von 36,5 auf 73,5 Stellen erhöht, also verdoppelt. Aber es hat sich nicht nur die Zahl der Kunden verändert, sondern noch wesentlich stärker ist die Zahl der Geschäftsvorgänge gestiegen. Durch die starke Neuzuwanderung müssen wesentlich mehr Kunden kurzfristig (nach 6 Monaten, 1 oder 2 Jahren) vorsprechen als vor 10 Jahren.
3. Darüber hinaus wirkt sich der zunehmende Fachkräftemangel natürlich gerade in einem Arbeitsbereich mit besonderen Belastungen und Herausforderungen aus. Seit Jahren ist eine Besetzung der freien Stellen mit ausgebildeten Fachkräften nur sehr begrenzt möglich. Deshalb werden seit spätestens 2015 alle Wege der anderweitigen Besetzung genutzt. Ausschreibungen die sich an Menschen mit kaufmännischer oder juristischer Ausbildung wenden ebenso wie eine Beschäftigung aus der gemeinnützigen Leiharbeitsfirma START mit einer späteren Übernahme durch die Stadt. In beiden Fällen muss begleitend eine Verwaltungsqualifizierung erfolgen. Im Übergang bedeutet dies der Ausfall von 40% der Arbeitszeit, trotzdem, dass eine Stelle besetzt ist. Im Ergebnis haben derzeit 20 Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde noch keine Verwaltungsausbildung und 8 Mitarbeiter*innen befinden sich derzeit in einem der Verwaltungslehrgänge.
4. Am rechnerischen Soll fehlen derzeit ca.14 Stellen, die in den nächsten Jahren noch eingerechnet werden müssen (abzüglich etwaiger Digitalisierungsgewinne).

Wie hat sich dies auf die durchschnittliche Bearbeitungszeit der verschiedenen Antragsarten/Produktkategorien und auf die Terminvergabe ausgewirkt?

Vor 10 Jahren betrug die Wartezeit im Durchschnitt 7 bis 14 Tage. Bis zum Ausbruch der Corona Pandemie hatte sich diese Zeiten schon auf 6 Wochen bis 6 Monate entwickelt. Zur heutigen Situation kann keine Aussage getroffen werden, da eine Terminvergabe in dieser Form nicht mehr erfolgt.

Wie lange sind die aktuellen Wartezeiten für Termine der verschiedenen Antragsarten?

s. oben

Wie lange sind die aktuellen Bearbeitungszeiten für die verschiedenen Antragsarten?

Dies hängt im Wesentlichen davon ab, ob die zu prüfenden Unterlagen vollständig vorliegen. Rückstände, die vor allem durch die Pandemie entstanden waren, konnten in den letzten Wochen deutlich reduziert werden. So wurden alleine in der Zeit vom 14.06. bis zum 02.08.21 durch Erweiterung der Öffnungszeiten der Eingangszone und die Einschränkung der telefonischen Erreichbarkeit 5990 Aufenthaltstitel erteilt!

Aus welchem Grund wird die Terminvergabe nicht mehr ohne Zwischenschritt online oder telefonisch direkt vergeben?

Aus pandemischen Gründen wurde der Termin, der bisher nur für die Antragstellung und die Einreichung der Unterlagen vergeben wurde, komplett eingespart und die Unterlagen können per Post, Briefkasten oder Mail direkt zugesandt werden. Es hat sich gezeigt, dass dieses Vorgehen nicht nur während einer Pandemie sinnvoll ist, da den Antragsteller*innen letztlich ein unnötiger Termin erspart wird. Grundsätzlich ist das Ziel, dass zukünftig alle Menschen, deren Aufenthaltstitel abläuft 8 Wochen vorher kontaktiert und zur Einreichung der Unterlagen aufgefordert werden.

Wann wird die Online-Terminvergabe im Sinne des Kundenservices wieder möglich sein?

Eine Rückkehr zum bisherigen Terminverfahren ist nicht geplant. Ein offenes Beratungsangebot (unabhängig von einem konkreten Antrag), mit einer eventuellen Onlineterminierung, wird derzeit konzipiert.